

# TODESSTRAFE FÜR 2 MÄNNER IN BELARUS

Die zwei Todesurteile, die heute (30.11.2011) in Belarus ausgesprochen wurden, beruhen auf einem Gerichtsverfahren, das internationalen Standards für einen fairen Prozess nicht stand hält, sagt Amnesty International.

Dzmitry Kanavalau wurde für das Ausführen von Terroranschlägen und die Herstellung von Sprengstoff verurteilt. Uladzslau Kavalyou wird vorgeworfen, Kanavalau unterstützt sowie die belarussischen Behörden von den Plänen nicht informiert zu haben.

"Wir sind stark beunruhigt, dass Dzmitry Kanavalau und Uladzslau Kavalyou misshandelt wurden, damit sie geständen und dass dieses Gerichtsverfahren internationalen Prüfungen nicht standhält", so John Dalhuisen, stellvertretender Leiter der Ermittlungsabteilung Europa und Zentralasien im Internationalen Sekretariat von Amnesty International.

"Belarus hat ein fehlerhaftes Justizsystem und missachtet routinemäßig internationale Standards für faire Gerichtsverfahren. Dies erhöht das Risiko von Justizirrtümern und das Risiko, eine unschuldige Person hinzurichten."

Während des Verfahrens hatte Uladzslau Kavalyou sein Geständnis mit der Begründung zurückgezogen, dass es ihm unter starkem Druck abgenommen wurde. Er berichtete, dass er während seines Verhörs Dzmitry Kanavalau schreien hörte und daraufhin annahm, als nächstes auch gefoltert zu werden. Seine Mutter berichtete außerdem, dass beide Männer während der Befragung geschlagen wurden. Es gibt Berichte, dass während des Verhörs von Dzmitry Kanavalau aufgrund der Misshandlungen, die ihm zugefügt wurden, ein Krankenwagen gerufen werden musste.

Beide Männer waren am 12. April festgenommen worden, einen Tag nachdem eine Explosion in Minsk 15 Menschen tötete und mehrere Hundert verletzte. Im Widerspruch zum Recht der Angeklagten auf Unschuldsvermutung verkündete Präsident Alyaksandr Lukashenka am Morgen des 13. April, dass zwei festgenommene Personen die Tat sowie frühere Bombenanschläge in Belarus gestanden hätten. Zu diesem Zeitpunkt waren Dzmitry Kanavalau und Uladzslau Kavalyou aber noch gar nicht befragt worden - dies geschah erst später am selben Tag.

"Die Todesstrafe ist unumkehrbar und wir lehnen ihre Anwendung unter allen Umständen ab. Präsident Lukashenka sollte ein sofortiges Moratorium der Todesstrafe ausrufen und sich der wachsenden Zahl von Ländern anschließen, die diese barbarische Strafe abgeschafft haben", so John Dalhuisen.

"Die Todesstrafe ist die grausamste, unmenschlichste und erniedrigendste Strafe, die es gibt. Belarus ist das letzte Land in Europa und der ehemaligen Sowjetunion, das noch immer Hinrichtungen durchführt."

